

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Andreas Flocken

**02.11.2019 /19.20-19.50 Uhr**  
**03.11.2019 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/streitkraefte](http://www.ndr.de/streitkraefte)

**Inhalt:**

- Fall der Mauer vor 30 Jahren – Wie NVA-Soldaten den Umbruch erlebten  
Interview mit Jens Fromm, früherer NVA-Hauptmann
- Rüstungskontrolle im Baltikum – Neue Vorschläge für mehr Sicherheit
- Europäisches Kampfpanzer-Projekt – Nicht offen für alle EU-Mitglieder?

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf die Themen:

- Mauerfall vor 30 Jahren - Wie NVA-Soldaten den Umbruch erlebt haben.  
Hierzu ein Interview mit einem früheren Offizier der damaligen DDR-Streitkräfte
- Rüstungskontrolle im Baltikum - Neue Vorschläge für mehr Sicherheit.  
Und:
- Europäisches Kampfpanzer-Projekt - Nicht offen für alle EU-Mitglieder?

Der 9. November ist ein Schicksalstag in der deutschen Geschichte. In der kommenden Woche jährt sich zum 30. Mal der Fall der Mauer. Damit wurde das Ende der DDR eingeleitet, der Weg freigemacht für die Deutsche Einheit. Alles ging viel schneller als mancher erwartet hatte. Seit langem hatte es in DDR gegärt. Immer mehr Menschen protestierten gegen das Regime, gingen zu den Montagsdemonstrationen auf die Straße. Der Druck auf die SED-Führung wurde größer und größer. Zugleich verließen immer mehr Menschen

die DDR – vor allem über Ungarn – aber auch über die deutsche Botschaft in Prag. Anders als in China wurden die Proteste damals nicht gewaltsam niedergeschlagen. Möglicherweise auch, weil der Umbruch nicht ganz ohne Wirkung blieb auf Teile des DDR-Sicherheitsapparats, etwa der Nationalen Volksarmee.

Über die Wende und den Fall der Mauer habe ich mit Jens Fromm gesprochen. Er war damals Hauptmann in einem Panzerbataillon der NVA. Den Umbruch erlebt er allerdings in der Militärakademie in Dresden. Jens Fromm hat nach Auflösung der DDR den Streitkräften den Rücken gekehrt. Er hatte sich nicht um eine Übernahme in die Bundeswehr bemüht – auch weil er dafür keine Chance gesehen hat. Mit Jens Fromm habe ich über die Zeit des Umbruchs gesprochen. Zunächst habe ich ihn gefragt, wie er im Herbst 1989 die Proteste und Montagsdemonstrationen als junger NVA-Offizier wahrgenommen hat:

Andreas Flocken / Jens Fromm

Fromm: Das war ein Prozess. Man hat sich erst gewundert, was da los ist, weil ja die Informationen dazu sehr zurückgehalten wurden. Ich war zu der Zeit in Dresden an der Militärakademie. In Dresden gab es ja auch wie in Leipzig wöchentlich Demonstrationen, an denen wir nachher sogar im Verlauf teilgenommen haben.

Flocken: In welcher Form haben Sie teilgenommen? In Uniform oder wie sah das aus?

Fromm: In Uniform wäre das zu dem Zeitpunkt nicht gegangen. Aber um irgendwelche Eskalationen zu vermeiden waren wir die mit den gelben Schärpen, wo draufstand: „Keine Gewalt“. Und das waren fast alles Angehörige der Militärakademie in Dresden.

Flocken: War das befohlen worden, dass Sie da hin gehen oder wie kam es dazu?

Fromm: Es war auf keinen Fall befohlen. Das war eine Sache, die von uns aus organisiert wurde, um irgendwelche Eskalationen in diesem Bereich zu vermei-

den. Ich weiß auch gar nicht mehr, warum das so war. Aber jedenfalls waren wir es. Aber befohlen wurde das auf keinen Fall.

Flocken: War das eine Gruppe von NVA-Angehörigen, die gesagt hat: An den Demonstrationen wollen wir auch teilnehmen oder wie ist das jetzt zu verstehen?

Fromm: Einige NVA-Angehörige haben sowieso schon an den Demonstrationen teilgenommen und mit der Zeit hat sich das so entwickelt, dass wir dann diese gelben Schärpen getragen haben und dort ebenfalls teilgenommen haben.

Flocken: Wussten die Vorgesetzten davon?

Fromm: Teilweise bestimmt.

Flocken: Haben die das geduldet?

Fromm: Ich glaube, das war sehr zwiespältig.

Flocken: Inwiefern?

Fromm: Es gab solche, die der Sache sehr entgegengesehen haben. Es gab aber auch welche, die dagegen gearbeitet haben, so wie das sicherlich im gesamten Bereich der Armee war, die gesagt haben: dagegen müssen wir was tun, das ist nicht richtig. Das Hauptargument war, dass in der Anfangszeit die Züge [mit den Botschaftsflüchtlingen aus Prag] durch Dresden gefahren sind. Und hier wollte man vermeiden, dass in Dresden der Zug anhält bzw. Leute aufsteigen. Da hatte man versucht, uns zu befehlen, dass wir als Angehörige der Militärakademie dort aktiv mit teilnehmen. So unter dem Motto: „Ab zur Waffenkammer“ und dann irgendwas zu verhindern.

Flocken: Was meinen sie mit „aktiv teilnehmen“?

Fromm: Das wissen wir auch nicht. Das wäre auf den Einsatz angekommen. Wir haben uns eigentlich geweigert, das zu tun.

Flocken: Das heißt, es gab die Befürchtung, dass die NVA auch gegen Demonstranten eingesetzt werden könnte?

Fromm: Die Befürchtung gab es sicher. Man hat ja eigentlich befohlen, dass Armeeangehörige, im rückwärtigen Raum oder sonst wo, auf irgendeinen Einsatz warten. Und wir haben uns eigentlich in der Mehrzahl geweigert, das zu tun. In dem Zuge wurde, glaube ich, dann auch im Verlaufe der Ereignisse an der Militäarakademie ein „Offiziers-Hör-Rat“ gebildet...

Flocken: Wann war das ungefähr?

Fromm: Das muss 1989 gewesen sein. Also es war ein Rat, der im Prinzip die Entscheidung der Vorgesetzten beurteilt hat bzw. gesagt hat: Nein, das machen wir nicht.

Flocken: Das war aber alles nach dem Fall der Mauer. Oder war das schon vor dem Fall der Mauer?

Fromm: Das war schon vor dem Fall der Mauer.

Flocken: Das heißt, diese ganze Unruhe damals, die hatte nicht nur die Gesellschaft der DDR, sondern auch die NVA erfasst?

Fromm: Ja auf jeden Fall. Natürlich. Die Diskussion wurden ja immer energischer, auch unter den Armeeangehörigen, vor allem auch unter den Offizieren. Vor allem an der Militäarakademie sind Diskussionen geführt worden, was das jetzt für eine Entwicklung ist und wie das weitergehen soll. Üblich war ja, dass eine Vorlesung stattgefunden hat und der Dozent bzw. Offizier dort seine Vorlesung gehalten hat. Sie wurde aber mehr und mehr auch zur Konversation. Es war sehr unüblich, dass Fragen gestellt wurden und der vorlesende Dozent seine Vorlesung nicht zu Ende bringen konnte, weil die Diskussion dann in eine

ganz andere Richtung gegangen ist. Sie war also ein Spiegelbild der damaligen Situation. An der Diskussion dort [an der Militärakademie] wurde sehr aktiv teilgenommen.

Flocken: Das ist ja eher ungewöhnlich, dass in einer Organisation, in der das Prinzip von Befehl und Gehorsam gilt, diskutiert worden ist. Wie war die Position der Vorgesetzten?

Fromm: Sicherlich sehr zwiespältig. Sicherlich gab es militärische Ausbildung – es wurde natürlich weiter ausgebildet - aber es gab auch viele Diskussionen, eben z.B. in bestimmten Vorlesungen. Das widerspricht glaube ich nicht dem Charakter einer Akademie. Es war aber doch sehr unüblich.

Flocken: Und wie war das in der Truppe? Gab es diese Diskussion, die sie auf der Militärakademie in Dresden erlebt haben, auch in der Truppe? Sie kommen ja aus einem Panzer-Bataillon.

Fromm: Ich kann mich an die Paradezeit 1989 erinnern, die ja noch stattfand...

Flocken: Paradezeit. Was meinen Sie damit?

Fromm: Es gab immer zum 7. Oktober zum Geburtstag der DDR eine Parade der NVA in Berlin. Dort wurde der Ausgang verboten, was sonst nie der Fall war. Also, man hat schon versucht, die Armee in einem „gefechtsbereiten Zustand“ zu halten. Ich sag mal so: es gab Offiziere, die zur Waffenkammer gehen wollten, um das zu beenden, und es gab natürlich auch die anderen Offiziere, die gesagt haben: keine Gewalt. Dazu sind sie nicht bereit.

Flocken: Wie haben Sie denn den Fall der Mauer am 9. November 1989 erlebt?

Fromm: Ich denke, wie alle, wenn man jetzt diesen Tag an sich nimmt. Das war sehr überraschend. Aber mitbekommen hat man das ja erst vor allem durch die Bewegung an der Grenze in Berlin, wo plötzlich Menschen an der Grenze

standen und man selbst war ein paar hundert Kilometer weit entfernt. Das war komisch. Aber es war eigentlich ein folgerichtiger Schritt, dass irgendwas passieren musste.

Flocken: Und was für Diskussionen gab es nach dem Fall der Mauer mit Ihren Kameraden?

Fromm: Ich glaube, die Diskussion war hauptsächlich, wie sich die DDR weiter entwickeln kann, wie sie sich verändern muss, oder auch, wie sich die BRD verändern muss, dass es eine gemeinsame Entwicklung geben kann. Der globalste Vorschlag, der damals auch diskutiert wurde - und den ich heute noch sehr gut finde - kam von jemandem an der Militärakademie, der den Vorschlag gemacht hat, dass in der weiteren Entwicklung Deutschland zur militärfreien Zone gemacht werden müsste.

Flocken: Hat der Fall der Mauer nicht auch Auswirkungen auf den Truppenalltag in der NVA gehabt? Wurde z.B. NVA-Angehörigen oder Ihnen oder Ihren Kameraden möglicherweise verboten, in den Westen zu gehen?

Fromm: Das war eigentlich nicht so, dass es verboten wurde, in den Westen zu gehen. Das war eher andersrum. Bundeswehrangehörige durften nicht in den Osten, sondern die NVA-Angehörigen durften in den Westen und das haben sicherlich sehr viele gemacht, einige sicher nicht...

Flocken: Aber durften Sie auch offiziell in den Westen?

Fromm: Nicht in Uniform. Aber mit Ausweis bzw. Reisepass war das nicht verboten.

Flocken: Normalerweise gucken ja Vorgesetzte immer nach oben und fragen dort nach: wie sollen wir uns verhalten? Haben Sie den Eindruck, dass in der Wendezeit keine Direktiven von oben kamen, keine Befehle, die sich möglicherweise NVA-Vorgesetzte gerne gewünscht hätten?

Fromm: Das kann ich nicht so genau sagen. Ich denke aber, dass manche Befehle vielleicht auch nicht bis unten angekommen sind. Also ich glaube, die Befehlsstruktur, wie sie vorher existiert hat, war nicht mehr so stark, dass man das auch komplett militärisch streng umsetzen konnte. Und ich glaube, man wollte das auch gar nicht mehr. Man wusste auch, dass man es nicht mehr machen konnte.

Flocken: Kann man sagen, dass es nach der Maueröffnung so etwas wie Auflösungserscheinungen in der NVA gegeben hat? Der Truppenalltag war ja sicherlich anders als vorher.

Fromm: Die Daten weiß ich jetzt leider nicht mehr ganz genau. Ich weiß aber, dass es relativ schnell ging mit der Umbenennung des Verteidigungsministeriums in Abrüstungsministerium und so weiter. Und dass die Überlegungen von Auflösung ganzer Regimenter oder Veränderungen relativ schnell stattgefunden haben.

Flocken: Wie sah es mit der Disziplin aus? Denn es hieß jahrelang - zumindest war das so im Westen zu hören - die NVA-Soldaten durften nur sehr selten nach Hause fahren. Hat es nach dem Fall der Mauer Veränderung im Truppenalltag gegeben? Möglicherweise Erleichterungen für die Soldaten?

Fromm: Ja da gab es sicherlich Veränderungen, indem die Gefechtsbereitschaft gelockert wurde.

Flocken: Zum Beispiel?

Fromm: Na, dass Armeeangehörige öfter nach Hause konnten. Es gab ja auch einen Streik an dem Standort Beelitz, wo die Soldaten solche Forderungen gestellt haben: Also, wir wollen öfter nach Hause und wollen besseres Essen und so weiter. Und dem wurde auch Rechnung getragen.

Flocken: Ein Streik in der NVA, zwar sehr begrenzt, in Beelitz. Was war da konkret los?

Fromm: Dort haben die Armeeangehörigen gestreikt. Sie haben sich auf die Straße gestellt. Sie haben, glaube ich, zwischen Beelitz-Heilstätten und Beelitz eine Reihe gebildet...

Flocken: In Uniform?

Fromm: ...In Uniform. Der Streik wurde dann gehört und er wurde friedlich und ordentlich gelöst.

Flocken: Hat man darüber auch in der NVA gesprochen?

Fromm: Das war schon sehr außergewöhnlich. Es gibt nicht so viele Armeen, in denen gestreikt wird. Also, es entsprach dieser damaligen Situation.

Flocken: Und wie ist die Sache ausgegangen?

Fromm: Der damalige Verteidigungsminister Hoffmann war dann zugegen und es gab dann klärende Gespräche.

Flocken: Und wofür ist gestreikt worden? Können Sie das nochmal konkretisieren?

Fromm: Aus meiner Erinnerung ging es nicht um politische Forderungen, wie es dieser Wendezeit entsprach. Es ging hauptsächlich um Forderungen wie mehr Urlaub, mehr Freizeit, besseres Essen und so weiter.

Flocken: Nun war die NVA damals ja auch ein Instrument der SED und im Offizierskorps waren in erster Linie SED-Mitglieder. Brach für diese linientreuen Vorgesetzten mit dem Fall der Mauer nicht ein Weltbild zusammen? Denn der Sozialismus war ja nach deren Ansicht und Auffassung anderen Gesellschaften überlegen.

Fromm: Sicherlich. Das Weltbild hat sich, glaube ich, aber nicht von einem auf den anderen Tag durch die Mauereröffnung verändert, sondern das war ein Prozess. Für mich als Offizier war es ja auch immer schwieriger in den letzten Jahren, Theorie und Praxis in Einklang zu bringen. Man war ja ein denkender Mensch. Und SED-Mitglied heißt ja nicht, dass man nicht denkt oder nur linientreu ist. Ich war so erzogen, dass es für mich so war, dass die Armee, die NVA also, ein Friedensgarant und ein Friedensproduzent war. Dass man diese Wende nicht so erwartet hat, war klar. Aber auf irgendeine Art und Weise war es ein folgerichtiger Prozess, der dort stattgefunden hat.

Flocken: Sie selbst sind während Ihrer NVA-Zeit, in der Wendezeit, dann auch in den Westen gereist. Sie haben Kontakt gehabt zur Führungsakademie der Bundeswehr, hatten Kontakt zu Bundeswehrsoldaten. Wie kam es dazu?

Fromm: Dresden war ja ein Ort, wo wie in Leipzig in dieser Wendezeit sehr viel los war. Dort habe ich Otfried Nassauer kennengelernt. Er war damals wie heute in der Friedensforschung und Sicherheitspolitik tätig. Wir haben uns in Dresden auf einer Veranstaltung kennengelernt. Wir kamen ins Gespräch und da entstand die Idee, ein Treffen zwischen Leuten aus der Führungsakademie Hamburg und aus der Militärakademie zu machen. Denn es waren ja zwei Armeen, die sich vorher feindlich gegenüberstanden haben und jetzt in einer völlig neuen Situation sind und es galt, darüber nachzudenken, wie es weiter gehen konnte. Und dann hat man das organisiert, hat festgestellt, dass man das in Hamburg machen musste.

Flocken: Warum musste man das in Hamburg machen?

Fromm: Weil die Bundeswehr-Angehörigen nicht in den Osten fahren durften. Die NVA-Angehörigen durften aber in den Westen fahren. Und so hat man das in Hamburg durchgeführt.

Flocken: War das ein Treffen auch mit Zustimmung der Führung der Dresdner Militärakademie oder war das mehr eine private Initiative von NVA-Angehörigen?

Fromm: Es erfolgte auf privater Initiative. Es ist nicht nach Genehmigung gefragt worden, sondern wir haben das organisiert. Ich habe ja an der Militärakademie studiert, bin auch zu einigen Dozenten gegangen, habe die gefragt, ob sie mit teilnehmen wollten. Die meisten haben offen darauf reagiert. Einige haben auch teilgenommen. Einige haben aber auch von vornherein Nein gesagt. Es war dann eine Mischung aus Philosophen, aus taktischen Offizieren, also operativen Offizieren. Und das war dann ein Wochenende, wo man als Privatperson dort hingefahren ist.

Flocken: Wie viele NVA-Soldaten waren es denn ungefähr?

Fromm: Um die zehn. Und es war eine schöne Diskussion. Die Haupteinbarung, die ich daran habe, ist, dass wir als NVA-Angehörige anders gedacht haben als die Bundeswehrsoldaten. Wir haben Überlegungen gemacht, wie entwickeln sich jetzt NVA und Bundeswehr, was gäbe es für Möglichkeiten usw. Die Offiziere der Militärakademie haben hauptsächlich das Gefühl bekommen, dass sie Angehörige einer feindlichen Armee sind und dass es nur die Variante der Auflösung gibt. Ich kann mich auch noch erinnern, dass wir danach, nach diesem Treffen, noch zu einem Offizier der Akademie gefahren sind....

Flocken: Der Führungsakademie.

Fromm: Der Führungsakademie. Wir haben angehalten, und er hat uns dann zu Hause seine ganze Ahnentafel von Offizieren gezeigt hat. Für mich war die Einstellung der Führungsakademie, Veränderungen nicht zuzulassen, etwas sehr militaristisch. Wir mussten uns verändern und von ihrer Seite wurden keine Veränderungen zugelassen. Das war so ein bisschen der Grundtenor der Diskussion bei diesem Treffen.

Flocken: 1990 hat Pastor Rainer Eppelmann in der DDR die politische Verantwortung für die NVA übernommen. Er legte Wert darauf, dass er Abrüstungs- und Verteidigungsminister war. Abrüstung war für ihn besonders wichtig. Wie

ist denn Eppelmann, der ja den Dienst an der Waffe verweigert hat, wie ist er in der Nationalen Volksarmee wahrgenommen worden, als neuer Minister?

Fromm: Das war ja schon in einer Zeit, in der eigentlich klar war, dass es Veränderungen gibt. Man war also auch nicht mehr so erstaunt, dass ein Herr Eppelmann Abrüstungsminister wurde. Aber ich glaube, sehr sympathisch kam er bei den Armee-Angehörigen nicht rüber. Was jetzt aber nicht politisch motiviert war.

Flocken: Warum nicht? Was meinen Sie?

Fromm: Das kann ich jetzt nicht mehr so genau sagen. Aber aus der Erinnerung war es vielleicht die fehlende Hingabe für die sozialen Belange der sich verändernden NVA. Es gab viele Offiziere, die sich Gedanken machen mussten, wie die weitere Entwicklung für sie aussieht. Es ging aber nur um die Abrüstung von militärischem Gerät und um die Auflösung von Regimentern. Aber diese persönliche Entwicklung kam zu kurz, glaube ich. Da kam zu wenig rüber.

Flocken: Wie waren denn Ihre persönlichen Erwartungen oder auch die Erwartungen Ihrer NVA-Kameraden nach dem Fall der Mauer, wie es weitergehen würde? NVA und Bundeswehr nebeneinander? War das eine Option, die man sich vorgestellt hat?

Fromm: Das war sicherlich für viele eine Option. Viele haben in der Zeit ja auch gesagt, sie machen weiter. Es waren dann ja bestimmte Gegebenheiten wie Dienstgradherabsetzung und so weiter. Für mich gab es diese Option von vorneherein nicht.

Flocken: Warum nicht? Warum war das für Sie keine Option?

Fromm: Hauptsächlich deshalb, weil ich mich politisch betrogen fühlte. Was man mit mir gemacht hat, dass ich so überzeugt davon war und so erzogen wurde. Ich wollte nicht nochmal politisch betrogen werden. Sicherlich habe ich

damals für mich auch von meiner Dienststellung her keine Zukunft in der Bundeswehr gesehen. Aber Hauptgrund war, dass ich politisch in keiner Weise mehr aktiv sein wollte. Und ich habe dann auch so schnell wie es ging als Soldat aufgehört.

Flocken: Sie fühlten sich damals betrogen, weil Sie als SED-Mitglied in die Armee eingetreten sind und die SED nicht das gehalten hat, was Sie sich erwartet hatten?

Fromm: Ich fühlte mich immer als denkender Mensch und ich war überzeugt von der Sache und musste jetzt feststellen, dass das alles doch nicht so war. Und dafür brauchte ich erst mal meine Zeit. Ich habe mich dann im Prinzip komplett zurückgezogen.

\* \* \*

### Flocken

Jens Fromm, ehemaliger NVA-Offizier über den Mauerfall und den Umbruch in der DDR. Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte).

Der Fall der Mauer und das Ende der Ost-West-Konfrontation weckten in den 1990er Jahren große Erwartungen. Vom Aufbau einer ganz neuen Sicherheitsarchitektur in Europa war die Rede – mit Russland. Doch diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Russland ist für den Westen inzwischen kein Partner mehr, sondern wieder ein potenzieller Gegner. Eine militärische Konfrontation wird nicht mehr ausgeschlossen – insbesondere im Baltikum. Dort stehen sich russische und NATO-Soldaten unmittelbar gegenüber. Wie können die Spannungen und das gegenseitige Misstrauen insbesondere in dieser Region abgebaut werden? Hierzu gibt es durchaus von Wissenschaftlern und Experten Vorschläge und Ideen. Offen ist allerdings, ob sie von der Politik auch umgesetzt werden. Jerry Sommer weiß mehr:

### Manuskript Jerry Sommer

Seit der Ukraine-Krise 2014 und der Annexion der Krim durch Russland fühlen sich vor allem die baltischen Staaten und Polen von Moskau bedroht. Die NATO hat mit der rotierenden Stationierung von rund 4.000 Soldaten in der Region sowie dem Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe reagiert. Dadurch wiederum sieht Russland seine von NATO-Staaten umgebene Enklave Kaliningrad gefährdet. Die Folge sind vermehrte Manöver und Truppenstationierungen. Dadurch steigt allerdings die Gefahr militärischer Zwischenfälle. Einem wachsenden Rüstungswettlauf in der Region möchte Wolfgang Richter von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“ einen Riegel vorschieben - durch ein regionales Rüstungskontrollregime. Der ehemalige Bundeswehr-Oberst:

### O-Ton Richter

„Es geht darum, die Bedrohungsperzeption eines möglichen Überraschungsangriffs zurückzufahren durch zwei wesentliche Elemente: Das ist das Element der Begrenzungen von gewissen Truppenteilen und Waffensystemen und das ist das Element einer verstärkten Transparenz, die dann auch auf Verifikation und Vor- Ort-Inspektionen beruht.“

Richter schlägt vor, in der Region die Militärpotenziale an den Außengrenzen Russlands und der NATO-Staaten in einem Raum von 300 bis 600 Kilometern Tiefe zu begrenzen. Auf der einen Seite umfasst diese Zone die baltischen Staaten, Polen und auch die neuen Bundesländer Deutschlands. Auf der anderen Seite sind Weißrussland sowie Kaliningrad und die an die baltischen Staaten grenzenden russischen Militärbezirke Pskow und St. Petersburg einbezogen.

Begrenzt werden sollen in diesem Raum Waffensysteme, die für einen Überraschungsangriff besonders geeignet sind: Also Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber. Für diese fünf Waffenkategorien sind schon 1990 im Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa Obergrenzen vereinbart worden. Doch die allein reichen heute nicht mehr aus, sagt der Sicherheitsexperte Wolfgang Richter:

### O-Ton Richter

„Es geht darum, auch Luftverteidigungssysteme, die eine große Reichweite haben und sehr viele Flugziele gleichzeitig erfassen können, mit hineinzunehmen in dieses subregionale Begrenzungsregime.“

Richter hält es insbesondere für wichtig, dass sich NATO und Russland endlich auf eine Definition einigen, was genau unter „substanziellen Kampftruppen“ zu verstehen ist. Nach der NATO-Russland-Grundakte von 1997 dürfen nämlich in den östlichen NATO-Ländern keine - wie es wörtlich heißt - „zusätzlichen substanziellen Kampftruppen dauerhaft stationiert“ werden. Russland wiederum verpflichtete sich zu entsprechenden Begrenzungen in den an die baltischen Staaten angrenzenden Regionen Pskow und St. Petersburg. Bisher halten sich beide Seiten daran. Diese Vereinbarung zu bekräftigen und nun zugleich genau zu definieren, was unter „substanziellen Kampftruppen“ zu verstehen ist, würde ein Signal der Zurückhaltung senden, glaubt Wolfgang Richter. Der Militärexperte Hans-Joachim Schmidt von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ HSFK, meint, dass alles, was über eine aus 1.500 bis 5.000 Mann bestehende Brigade besteht, als „substanzielle Kampftruppe“ zu betrachten ist. Und eine solche Zahl könnte bald überschritten werden, so die Befürchtung von Hans-Joachim Schmidt:

### O-Ton Schmidt

„Polen hat sogar den Amerikanern angeboten, die Stationierung einer ganzen amerikanischen Division dort zu bezahlen – und eine Division hat sicherlich zwei bis drei Brigaden. Das haben die USA bisher nicht gemacht. Es wird diskutiert und bis zum Winter will die US-Regierung hier entsprechende Schritte ankündigen.“

In der 300 bis 600 Kilometer großen Kernzone sollen nach dem Vorschlag von Wolfgang Richter auch die Anzahl und Größe der militärischen Übungen beider Seiten begrenzt werden. Und, so Richter:

### O-Ton Richter

„Sie müssten unter einer strikten Verifikation durchgeführt werden. Das heißt: frühzeitige Ankündigung und Beobachtung der Übungen vor Ort.“

Eine solche Transparenz bei Übungen würde weit über die bisher getroffenen Vereinbarungen hinausgehen. Neben der 300 bis 600 Kilometer großen Begrenzungs-Kernzone ist das zweite Element im Vorschlag von Wolfgang Richter:

ter eine sogenannte „Transparenzzone“. In diesem weit größeren Raum sollten umfassende Informationspflichten- und Überprüfungsmöglichkeiten für Waffensysteme vereinbart werden, die von außerhalb in die Kernzone hineinwirken können – zum Beispiel See- und Luftstreitkräfte, aber auch weitreichende Raketen und Marschflugkörper. Wolfgang Richter:

#### O-Ton Richter

„Es ist völlig klar, dass wegen der vielfachen Aufgaben dieser Kräfte eine generelle Begrenzung hier nicht infrage kommt. Aber es sollte zumindest ein Transparenzregime hier greifen, sodass beide Seiten eine gewisse Berechenbarkeit haben, dass es hier nicht zu überraschenden Angriffen kommt.“

Der Rüstungskontrollvorschlag von Wolfgang Richter für das Baltikum hat seinen Reiz, meint Joachim Krause von Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel. Aber er hat Bedenken. Erstens hat er Zweifel, dass Russland zu solchen Maßnahmen bereit wäre, weil Putin nach Ansicht von Krause aus innenpolitischen Gründen eine begrenzte Konfrontation mit der NATO bewusst suche und nicht aufgeben würde. Und zweitens, weil so ein Rüstungskontrollregime die baltischen Staaten nicht wirklich schützen könnte. Joachim Krause:

#### O-Ton Krause

„Der Effekt bleibt gering wegen den hohen Fähigkeiten der Russen zur Luftverlegung. Sie sind in der Lage, relativ kurzfristig sehr große Truppen in den baltischen Raum zu verlegen. Dieses Problem kriegen sie nicht in den Griff durch schöne Erklärungen oder vertrauensbildende Maßnahmen, die dann, wenn sie gebraucht werden, möglicherweise nicht zum Einsatz gebracht werden.“

Tatsächlich wird die regionale russische Überlegenheit im Baltikum nicht wegverhandelt werden können. Die Geographie sei nun einmal nicht zu verändern, sagt Wolfgang Richter. Aber ebenso wenig könne man die Überlegenheit der NATO in Gesamteuropa wegdiskutieren. Mit Rüstungskontrollregelungen können jedoch die gegenseitigen Angriffsfähigkeiten eingeschränkt und Frühwarnung gewährleistet werden, um im Konfliktfall rechtzeitig militärisch reagieren zu können. Diese Einschätzung von Wolfgang Richter teilen auch Experten aus Ost und West, die in einem Think Tank-Netzwerk der „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ Ende letzten Jahres eine Studie erstellt haben. Einer dieser Experten, Hans-Joachim Schmidt, warnt davor, die militärischen Auswirkungen von Rüstungskontrollmaßnahmen zu unterschätzen:

### O- Ton Schmidt

„Wir wollen ja gerade durch zusätzliche militärische Maßnahmen den militärischen Status quo dahingehend verändern, dass er berechenbarer, sicherer, und stabiler wird und vor allen Dingen gegen das Risiko einer Fehlwahrnehmung, die zu einem militärischen Konflikt führt, dass dagegen etwas unternommen wird; dass aber auch das Risiko eines Überraschungsangriff so weit wie möglich unwahrscheinlich wird.“

Die beidseitige Angst vor einem Überraschungsangriff könnte so deutlich gemindert werden. Allerdings ist der Widerstand insbesondere in den baltischen Staaten und in Polen gegen solche Rüstungskontrollmaßnahmen sehr groß, sagt Lukasz Kulesa vom Warschauer „Institut für Internationale Beziehungen“:

### O-Ton Kulesa (Voiceover)

„Alle Länder in der Region gehen davon aus, dass sie ihre militärische Verteidigung stärken müssen. Sie glauben nicht daran, dass sie mehr Sicherheit durch Diplomatie erreichen können“.

Das sei eine Fehleinschätzung, meint nicht nur Wolfgang Richter. Man müsse alles tun, um diese europäischen NATO-Partner – aber auch die USA und Großbritannien – zu überzeugen, dass auch Rüstungskontrolle die Sicherheitslage verbessern kann. Richters konkreter Vorschlag für mehr Sicherheit und Stabilität im baltischen Raum sollte von der Bundesregierung aufgegriffen werden. Denn es reicht nicht aus, sich nur allgemein für Rüstungskontrolle auszusprechen. Notwendig sind vielmehr konkrete Initiativen, um eine Aufrüstungspirale in Europa zu verhindern.

\* \* \*

### Flocken

Soweit Jerry Sommer.

Spätestens seit dem Amtsantritt von Präsident Trump gibt es in Europa Bemühungen, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik erheblich enger zusammenzuarbeiten. Das gilt auch für den Rüstungsbereich. Neue Waffensysteme sollen möglichst gemeinsam geplant, entwickelt und beschafft werden. Soweit der Anspruch. Die Wirklichkeit sieht manchmal allerdings anders aus, insbe-

sondere wenn nationale Rüstungsinteressen auf dem Spiel stehen. Björn Müller mit Einzelheiten:

#### Manuskript Björn Müller

Deutschland und Frankreich arbeiten an einem Konzept für einen gemeinsamen Kampfpanzer der Zukunft. Das sogenannte Main Ground Combat System - kurz MGCS - soll Mitte der 2030er Jahre nicht nur den Leopard-2 der Bundeswehr und Frankreichs Hauptkampfpanzer Leclerc ersetzen. Das neue Waffensystem soll auch der Standard-Panzer in Europa werden, so der Anspruch von Berlin und Paris. Gegenwärtig finden sich in den Streitkräften der europäischen Länder 17 verschiedene Panzer-Modelle. Das zeigt, wie heterogen und zersplittert das Militär-Potenzial der Europäer ist. Ein einheitlicher Kampfpanzer von Polen bis Portugal wäre ein entscheidender Fortschritt beim Vorhaben der EU, Europa zu einer ernstzunehmenden Militärmacht zu machen. Für die Öffnung der deutsch-französischen Initiative zu einem europäischen Panzer-Projekt wäre Polen ein entscheidender Testfall. Das Land an der Ostflanke der NATO spielt angesichts des Konfliktes mit Russland bei der Verteidigung der Militärallianz und der EU eine wichtige Rolle. Die Regierung in Warschau strebt den Aufbau einer starken Panzerstreitmacht an. Sie hat bereits ihren Wunsch deutlich gemacht, sich an dem deutsch-französischen Rüstungsprojekt zu beteiligen. Allerdings haben die Polen Zweifel, ob Deutschland und Frankreich es mit der in Aussicht gestellten Beteiligung Dritter wirklich ernst meinen. So sieht es jedenfalls Marcin Terlikowski – Rüstungsexperte beim Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten in Warschau:

#### O-Ton Terlikowski (Voiceover)

„Der Eindruck in Polen ist, dass zwar viel über europäische Waffensysteme und europäische Rüstungsprogramme gesprochen wird. Frankreich und Deutschland meinen damit aber vor allem bilaterale, deutsch-französische Programme. Die Rüstungsindustrie in Frankreich und Deutschland soll so ihren Marktanteil in Europa vergrößern - auf Kosten der Wehrindustrie in anderen Ländern wie Polen.“

Tatsächlich sind Deutschland und Frankreich bisher vor allem darauf fixiert, die jeweiligen Anteile an der Produktion eines neuen Kampfpanzers zwischen der deutschen und französischen Rüstungsindustrie aufzuteilen. Die deutschen Panzerschmieden Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall ringen gegenwärtig

tig miteinander um die Führung des Rüstungsprojekts. Frankreich fürchtet, dadurch könnte der für sein beteiligtes Unternehmen Nexter vereinbarte Produktionsanteil von 50 Prozent in Gefahr geraten. Dabei könnte Polen zugunsten einer Beteiligung durchaus in die Waagschale werfen, ein künftiger Hauptabnehmer des Zukunftspanzers zu sein. Der polnische Rüstungsexperte Marcin Terlikowski:

O-Ton Terlikowski (Voiceover)

„Polen hat demnächst einen Bedarf von mindestens 500 Kampfpanzern, um Lücken in den Panzerbrigaden zu schließen.“

Das Problem der polnischen Streitkräfte: Die Panzerverbände sind zum großen Teil noch immer mit älteren sowjetischen Typen ausgerüstet. Die modernsten Panzer sind veraltete deutsche Leopard-2 Versionen. Doch Polen ist nicht nur an einer Beteiligung am deutsch-französischen Kampfpanzer interessiert. Die Regierung in Warschau denkt bereits viel weiter, sagt der Rüstungsexperte Marcin Terlikowski:

O-Ton Terlikowski (Voiceover)

„Unsere Verteidigungsindustrie ist nicht ausgerichtet auf die europäische Rüstungskoooperation. Wir sind nicht an europäischen Projekten beteiligt. Im Mittelpunkt steht immer noch die sowjetische Technologie. Und das ist der Grund, warum wir Zugang zu westlicher Expertise haben wollen. Wir wollen so unsere industriellen Fähigkeiten weiterentwickeln.“

Mittelosteuropäische Staaten wie Polen sind bis heute keine Partner bei großen europäischen Rüstungsvorhaben wie dem Transportflieger A400M. Hier dominieren die westeuropäischen Länder mit ihren Großkonzernen wie Airbus. Die Nutzung sowjetbasierter Technologie grenzt die Osteuropäer aus. Für Marcin Terlikowski vom Warschauer Institut für Internationale Angelegenheiten wäre das deutsch-französische Panzerprojekt Main Ground Combat System daher eine große Chance für Polen, diese Ausgrenzung zu überwinden:

Terlikowski (Voiceover)

„Der einzige Rüstungsbereich, in dem wir etwas auf den Tisch bringen könnten, sind die Landsysteme. Hier sind wir in der Lage, einige anspruchsvolle Plattformen zu produzieren und auf dem globalen Markt erhältliche Komponenten zu integrieren. So können wir beispielsweise eine Panzerhaubitze auf einem

Samsung-Fahrgestell anbieten; außerdem ein tschechisches Artilleriegeschütz mit einem integrierten polnischen Feuerleit- und Kommunikationssystem.“

Polen hat daher ein großes Interesse, am deutsch-französischen Kampfpanzer-Projekt MGCS beteiligt zu werden. Doch ein Einstieg ist kein Selbstläufer. Speziell von französischer Seite gibt es Vorbehalte gegen Polen. Zu den Gründen Gaëlle Winter – Sicherheitsexpertin an der Stiftung für Strategische Studien in Paris:

#### O-Ton Winter

„Man kann feststellen, dass sich die bilateralen Beziehungen seit 2014 verschlechtert haben. Sie haben sich auch im Rüstungsbereich verschlechtert. Erstmals war aus französischer Sicht keine tragende Reform der nationalen Rüstungsindustrie zu erkennen. Speziell zum Thema MCGS hat man in Paris auch nicht vergessen, dass Polen erst mal ein italienisches Gegenprojekt unterstützt hat. Zweitens erscheint die amerikanische Präferenz so dominant, dass sie kaum vereinbar ist mit der europäischen Präferenz, die von Paris unterstützt wird. Bestes Beispiel ist der sogenannte Caracal-Vertrag – 2016 hatte die polnische Regierung die Beschaffung von Caracal-Militärhubschraubern zugunsten amerikanischer Hubschrauber abbestellt. Das sind natürlich keine vertrauenerweckenden Gesten zwischen Paris und Warschau.“

Neben dem schlechten Verhältnis zu Frankreich stellt sich außerdem die Frage, wie Polen zum Projekt Main Ground Combat System beitragen könnte. Denn beim kommenden Zukunftspanzer wünschen sich die deutschen und französischen Militärs nicht nur eine verbesserte Version bewährter Panzertechnik wie beim Leopard 2. Es geht darum, ein Hightech-System zu entwickeln, bei dem Robotik und Waffen wie Hochgeschwindigkeitsraketen eine entscheidende Rolle spielen. Das neue Waffensystem soll sozusagen ein militärischer „Gamechanger“ werden. Christian Mölling, Forschungsdirektor der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin, ist skeptisch, ob die Polen hierzu einen Beitrag leisten können, indem sie eine dafür notwendige Rüstungsstrategie verfolgen.

#### O-Ton Mölling

„Passt das in einen größeren Plan, wie sie eigentlich eine verteidigungsindustrielle Basis aufbauen wollen? Wir haben ja zurzeit eine Entwicklung in Polen, wo wir quasi eine Zentralisierung der polnischen Verteidigungsindustrie in einem großen industriellen Zentrum haben. Ob das zielführend ist, weiß ich nicht. Das ist zumindest nicht so, wie Innovation in den letzten Jahren und Jahrzehnten abgelaufen ist.“

Polen versucht bereits seit einiger Zeit, seine Rüstungsindustrie neu zu ordnen. Unter Leitung des Warschauer Verteidigungsministeriums sind schon mehr als 60 Betriebe in der sogenannten „Polnischen Rüstungsgruppe“ zusammengefasst worden. Sie firmiert unter dem Kürzel PGZ. Die PGZ umfasst Gewehrhersteller bis hin zu Werften. Mithilfe der gestiegenen Verteidigungsausgaben soll die „Polnische Rüstungsgruppe“ zu einer mächtigen staatlichen Rüstungsholding reifen. Mit der PGZ will Polen seine Streitkräfte umfassend selbst ausstatten können und langfristig auch als starker Player am weltweiten Rüstungsmarkt auftreten. Allerdings gibt es für die „Polnische Rüstungsgruppe“ praktisch keine Konkurrenz im Land, was üblicherweise Gift ist für die Bereitschaft, in Forschung und Innovation zu investieren. Schon in der Gründungsphase der PGZ 2016 kritisierte der polnische Rechnungshof, dass es für das politische Ziel, ein großes Rüstungsunternehmen aufzubauen, keine klare Strategie gebe. So wurde vorab keine Untersuchung über mögliche Synergieeffekte der betroffenen Unternehmen durchgeführt. Vor diesem Hintergrund warnt der Sicherheitsexperte Christian Mölling vor zu hohen Erwartungen an eine polnische Beteiligung beim deutsch-französischen Panzer-Projekt:

#### O-Ton Mölling

„Wenn man aus der Wettbewerbsperspektive – aus polnischer Wettbewerbsperspektive - guckt, wie viel Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in anderen Ländern abgelaufen sind. Dann mag man das als unfair oder als Verweigerung von Teilhabe empfinden. Aber letztendlich wird es weder der polnischen Industrie, noch der deutschen, noch der französischen Industrie etwas bringen, einen Partner an Bord zu nehmen, mit dem man nachher Produkte produziert, die überhaupt nicht oder schwer weiterverkaufbar sind auf einem überhaupt nur zugänglichen Markt; denn man kann ja auch nicht überall hin verkaufen. Das gilt ja auch für die Deutschen und Franzosen. Es ist ja nicht so, dass die, aufgrund ihrer Panzerproduktion, im Reichtum schwimmen. Die Tatsache, dass wir eine Panzerproduktion zwischen KMW und Nexter haben – für die das Main Ground Combat System ja auch nur gemacht wurde – zeigt, dass nicht genug Volumen im Markt ist. Also auch da ist der Realismus sinnvoll.“

Das Beispiel Polen zeigt deutlich, wie schwierig es wird, das deutsch-französische Kampfpanzer-Projekt zu einem europäischen Rüstungsvorhaben zu machen, an dem sich auch andere EU-Staaten beteiligen können. Wie so oft gibt es auch hier zwischen dem verkündeten Ziel einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Rüstungspolitik und den nationalen Interessen

und Möglichkeiten der Akteure eine Kluft. Diese zu überwinden, ist eine politische Herkules-Aufgabe.

\* \* \*

### Flocken

Ein Bericht von Björn Müller.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte). Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.